

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 16. Dezember 1988

Blatt 2548

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Tourist-Information übersiedelt in die Kärntner Straße (2549/FS: 15.12.)
- Im November mit plus 15 Prozent Übernachtungen bessere Auslastung (2549/FS: 15.12.)
- Weihnachtsgeschenke, die auch dem Stephansdom helfen! (2550)
- Stadt Wien hilft armenischen Erdbebenopfern (2551)
- Solidaritätsaktion österreichischer Städte für Armenien (2551)
- Ehrung für Feuerwehrleute (2552)
- Wiener Landtag (2553)
- Häupl: Es gibt keine „umweltfreundlichen“ Batterien (2554)
- Terminvorschau vom 19. bis 22. Dezember (2555)
- Wiener Gemeinderat (2556-2562)

Tourist-Information übersiedelt in die Kärntner Straße

Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Die zentrale Tourist-Informationsstelle des Wiener Fremdenverkehrsverbandes, seit 1956 in der Opernpassage eingerichtet, ist mit 15. Dezember in ein neues Lokal in der Kärntner Straße 38 übersiedelt. Gleich „um's Eck“ vom Hotel Sacher, befindet sich die Auskunftsstelle des WFVV nun in der Fußgängerzone zwischen dem Reisebüro Intropa und der Sacher-Confiserie. Die Öffnungszeiten (täglich 9-19 Uhr) bleiben unverändert, die neue Telefonnummer ist 513 88 92.

Bis zu zwei Besucher pro Minute

Die Übersiedlung war aufgrund der ständig steigenden Besucherfrequenz erforderlich, der das bisherige Informationslokal — noch dazu gemeinsam mit der Wiener Stadthalle benützt — nicht mehr gewachsen war. Wurden anfangs der achtziger Jahre in der Opernpassage noch rund eine Viertel-million Anfrager pro Jahr gezählt, so gaben einander 1987 bereits über 360.000 Gäste die Türklinke in die Hand. Seit 1956 wurden hier mehr als 6,5 Millionen Besucher betreut.

Auskunft, Prospektservice, Zimmervermittlung

Zu den Dienstleistungen der neuen Informationsstelle des WFVV zählen wie bisher Auskunft und Beratung der Wien-Besucher; als neues Angebot werden auch Hotelzimmer vermittelt. (Schluß) wfv/bs

Im November mit plus 15 Prozent Übernachtungen bessere Auslastung

Wien, 16.12. (RK-LOKAL) Der November hat sich heuer im Wien-Tourismus besonders gut entwickelt: Die Übernachtungen stiegen neuerlich um 15 Prozent oder 50.000 auf insgesamt 381.000, davon 363.000 in der Hotellerie.

Alle wichtigen Herkunftsländer der Wien-Besucher wurden mit zweistelligen Zuwachsraten notiert, lediglich Ungarn, Frankreich und Kanada blieben unter dem Ergebnis des Novembers 1987.

Nach Kategorien berechnet, wurden in den Fünf-Sterne-Betrieben um 19 Prozent, in den Vier-Sterne-Betrieben um sieben Prozent, in den Drei-Sterne-Betrieben um 30 Prozent (!) und in den einfacheren Häusern um vier Prozent mehr Übernachtungen erreicht.

Die durchschnittliche Auslastung des Bettenangebots betrug daher im November 42 Prozent gegenüber 38,5 Prozent im November 1987. Aufgrund des starken Nächtigungsanstiegs konnten die Drei-Sterne-Betriebe ihre Auslastung besonders stark verbessern: von 35,6 Prozent auf 44,5 Prozent.

Von Jänner bis inklusive November 1988 ist das Nächtigungsaufkommen in Wien um 6,8 Prozent gestiegen. Auch hier erreichten die Drei-Sterne-Häuser mit + 11,8 Prozent überdurchschnittliche Werte. (Schluß) wfv/rr

Bereits am 15. Dezember 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Bereits am 15. Dezember 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Weihnachtsgeschenke, die auch dem Stephansdom helfen!

Wien, 16.12. (RK-LOKAL) Wenn Sie noch nicht wissen, was Sie ihren Lieben schenken, und wenn Sie auch dem Stephansdom helfen wollen — hier zwei Geschenkideen: 2.000 handbemalte Uhren wurden für die Aktion „Rettet den Stephansdom“ aufgelegt. Diese Uhren sind im Uhrenfachhandel erhältlich.

Oder Sie schenken eine „Dinner for Two“-Karte — ein Weihnachtsgeschenk, von dem auch Sie etwas haben. Mit dieser Karte zum Preis von 360 Schilling gehen Sie zu zweit essen und zahlen für einen — und die 360 Schilling erhält der Stephansdom.

Diese Karte können Sie unter der Telefonnummer 513 76 48, 1010 Wien, Stephansplatz 3, „Verein unser Stephansdom“ anfordern. (Schluß) red/rr

Stadt Wien hilft armenischen Erdbebenopfern

Medikamente, Instrumente und medizin-technische Geräte

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Auf Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER stellt die Stadt Wien den verletzten Opfern der Erdbebenkatastrophe in Armenien Medikamente, ärztliche Instrumente und medizin-technische Geräte im Wert von drei Millionen Schilling zur Verfügung. Die dringend benötigten Hilfsgüter werden Freitag mittag von Schwechat ausgeflogen.

Der Transport enthält unter anderem Patiententragen, Vakuummatratzen, Arm- und Beinschienen, Injektionsspritzen, Infusionssets, Beatmungsgeräte, Dialysegeräte, Ultraschall-Untersuchungsapparate, EKG-Geräte, Gastroskope, eine Laborausstattung, Operationsleuchten und einen Operationstisch. Ein Dialysepfleger der Stadt Wien begleitet den Transport freiwillig, um bei der Anwendung der Blutreinigungsgeräte helfen zu können.

Der Transport geht nach Moskau, wohin ein großer Teil der verletzten Erdbebenopfer aus Armenien gebracht worden ist. Da die Moskauer Krankenhäuser natürlich nicht für derart viele Verletzte eingerichtet sind, hilft jetzt die Stadt Wien aus. (Schluß) sc/gg

Solidaritätsaktion österreichischer Städte für Armenien

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat sich als Präsident des Österreichischen Städtebundes angesichts der schweren Erdbebenkatastrophe in Armenien an die Mitgliedsgemeinden des Städtebundes gewendet, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an einer Solidaritätsaktion der österreichischen Städte und Gemeinden für die von der Naturkatastrophe betroffenen Menschen mitzuwirken. Zahlreiche Städte aus allen Bundesländern haben bereits ihre Unterstützung zugesagt (z. B. Graz 250.000 Schilling). Die Stadt Wien bringt als Solidaritätsbeitrag 3 Millionen Schilling ein, sodaß eine erste Sendung mit Medikamenten bereits abgeschickt werden konnte. Die noch zu erwartenden Beträge sollen humanitären bzw. kommunalen Zwecken zugeführt werden.

Zilk teilte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sparkassenrates in diesem Zusammenhang auch mit, daß die Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien ebenfalls 1 Million Schilling für diesen Zweck aufbringt.

Der Städtebund hat auch ein Spendenkonto eingerichtet: „Österreichischer Städtebund. Erdbebenhilfe“, „Z“-418 009 015. (Schluß) stb/gg

Ehrung für Feuerwehrleute

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Branddirektor Dipl.-Ing. Dr. Friedrich PERNER ehrte Freitag in der Hauptfeuerwache Am Hof sechs Feuerwehrleute für einen schwierigen Einsatz. Anfang Juni war ein junger Mann auf den Rathausturm bis zum Rathausmann geklettert und wollte sich in die Tiefe stürzen. Im Rahmen des Feuerwehreinsatzes konnte der Mann von seinem Vorhaben abgebracht und sicher vom Turm heruntergebracht werden. Die Geehrten sind Oberfeuerwehrmann Eduard JURASEK sowie Brandmeister Werner JURANITSCH, Löschmeister Franz STARNBERGER sowie die Oberfeuerwehrmänner Johann DIEWALD, Gerhard BRANSKY und Herwig MÜLLNER. (Schluß) du/gg

Wiener Landtag

Hilfe für Erdbebenopfer

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Wiener Landtages meldete sich Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK zu Wort. Er sagte, daß er aufgrund der dramatischen Ereignisse in Armenien, auch auf Ersuchen der Sowjetischen Botschaft, veranlaßt habe, Hilfe im Wert von drei Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Er habe StR. Stacher gebeten, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Ein erster Transport — vor allem mit Medikamenten — wird bereits heute Wien verlassen. Zilk sagte weiter, er habe auch die Zentralsparkasse gebeten, eine Million zur Verfügung zu stellen.

Besoldungsordnung

StR. Dr. SWOBODA beantragte eine Änderung der Besoldungsordnung, eine Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagengesetz sowie eine Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung. Diese Anträge wurden in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Landtages endete um 9.15 Uhr. (Schluß) ull/rr

Häupl: Es gibt keine „umweltfreundlichen“ Batterien

Pfandsystem unerlässlich

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) „Eine Batterie ist immer ein Chemikalienbehälter. Von Umweltfreundlichkeit kann wirklich nicht die Rede sein“, erklärte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zur gegenwärtigen Batteriediskussion. Die Reduzierung des Quecksilbergehaltes in Batterien sei zwar prinzipiell zu begrüßen, aber der Ausdruck „umweltfreundlich“ erweckt den falschen Eindruck, daß Batterien zu harmlosen Substanzen geworden sind, die gemeinsam mit dem Hausmüll entsorgt werden können. Batterien enthalten auch andere Chemikalien, wie Zink, Mangandioxid und Elektrolyt. Batterien bleiben auch bei der Lösung des Quecksilberproblems bei den Alkali-Mangan-Zellen und den Quecksilberoxidzellen nach wie vor ein Problem der Entsorgung, abgesehen davon, daß wertvolle Rohstoffe bei einer Deponierung oder Verbrennung für immer verloren gehen. Steigt der Absatz der Batterien weiter — derzeit 31 Millionen Zink-Kohle-Batterien und 11 Millionen Alkali-Batterien jährlich in Österreich —, so werden immer mehr dieser Stoffe in die Umwelt gebracht und können dort zu irreversiblen Schäden führen.

Die Aufforderung, Batterien in den Hausmüll zu werfen — sei es durch Werbung, aber auch durch eine Trennung der Batterien in gekennzeichnete „umweltfeindliche“ und nicht gekennzeichnete „sogenannte umweltfreundliche“ — stellt daher einen groben Verstoß gegen die Überlegungen der Abfallvermeidung und des Recyclings dar und läuft den Bestrebungen der getrennten Einsammlung von Problemstoffen zur Entgiftung des Hausmülls zuwider.

Für Pfandsystem

Zur effizienten Lösung des Problems sollte ein Pfandsystem eingeführt und die Batterien getrennt gesammelt und wiederverwertet werden. Nur ein Pfandsystem bietet für den Konsumenten einen Anreiz, alte Batterien wieder zurückzugeben, und sichert die hohe gewünschte Rücklaufquote von 80 bis 90 Prozent, schloß Häupl. (Schluß) du/gg

Terminvorschau vom 19. bis 22. Dezember

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 19. bis 22. Dezember hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 19. DEZEMBER:

8.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP

11.30 Uhr, Pressekonferenz Wiener Stadtschulrat „40 Jahre Schulpsychologen“ mit Stadtschulratspräsident NR Prof. Matzenauer (Kleiner Sitzungssaal, Stadtschulrat, 1, Dr.-Karl-Renner-Ring 1)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung an Hofrat Mag. Dr. Josef Schwabl und Hofrat Dr. Rudolf Holzer (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 20. DEZEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 21. DEZEMBER:

10.00 Uhr, Erstmalige Einleitung der Pfannbauernquelle in die I. Hochquellenleitung (13, Wasserbehälter Rosenhügel, 13, Rosenhügelstr. 167) (Bgm. Zilk, StR. Häupl)

10.00 Uhr, Pressekonferenz BM Löschnak und StR. Stacher „Präsentation einer Bevölkerungsumfrage zum Thema Krebs“ (Bundeskanzleramt, Großer Sitzungssaal)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, Maßnahmen der Verkehrsbetriebe

DONNERSTAG, 22. DEZEMBER:

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Peter Hacker und Ing. Gerhard Schmid (Bgm.-Arbeitszimmer)
(Schluß) red/rr

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an den Wiener Landtag trat der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Mag. KABAS (FPÖ), zu welchem Zeitpunkt der Bau der Staustufe Wien einer Volksbefragung unterzogen werden soll, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK, daß die Voraussetzung für eine Volksbefragung die Anerkennung der Umweltverträglichkeit durch die zuständige Wasserrechtsbehörde, also das Landwirtschaftsministerium, sei. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß dafür allerdings noch Unterlagen fehlen. Außerdem sei eine umfassende Information der Bevölkerung notwendig. Eine Befragung im Frühjahr 1989 sei unwahrscheinlich, sagte Zilk auf eine ZUSATZFRAGE. Auf eine weitere ZUSATZFRAGE, ob der Bau der Staustufe erst nach der Weltausstellung in Angriff genommen werde, sagte Zilk, daß sicherlich nicht knapp vor einer Weltausstellung mit einer Großbaustelle begonnen werde.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. STRATIL (ÖVP), ob der Druck der Zeitschrift „Der Straßenbahner“ der Sozialistischen Fraktion der Verkehrsbetriebe seit dem Frühjahr 1988 in der Hausdruckerei der Wiener Verkehrsbetriebe mit einer Trennung von Parteipolitik und Stadtverwaltung vereinbar sei, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß er dies für vertretbar halte.

Die DRITTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Die VIERTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob die Bemühungen, einen Pächter für das von der Stadt erworbene Bierlokal „Oberbayern“ zu finden, erfolgreich gewesen sind, bejahte Vizebürgermeister MAYR. Mayr betonte, daß der Erwerb erfolgte, um eine dem Prater abträgliche Nutzung zu verhindern. Auf die ZUSATZFRAGE, wann sich diese Investition amortisieren werde, sagte Mayr, daß eher mit einer langfristigen Amortisation zu rechnen sei, da es noch keine endgültige Klarheit über die Höhe des Pachtschillings bzw. der Miete gebe.

Die FÜNFTTE ANFRAGE stellte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP): Wann werde dem Gemeinderat die Gesamtplanung für den Ausbau und die Erweiterung von EBS und Hauptkläranlage, die bereits für Herbst 1986 versprochen war, vorgelegt? Vizebürgermeister MAYR führte aus, daß die komplexe Materie und die ständige technische Weiterentwicklung auf diesem Gebiet eine schrittweise Planung empfehle. Laufend stattfindende Versuche und die Errichtung von Pilotanlagen lassen eine solche schrittweise Planung im Rahmen des vorliegenden Gesamtkonzepts zielführender erscheinen. In der Ersten Zusatzfrage erkundigte sich Hawlik, wann der im vergangenen Jahr im Finanzausschuß beschlossene Plan mit einem Investitionsvolumen von 3,5 Milliarden Schilling dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werde. Vizebürgermeister Mayr erklärte, daß die Rauchgasreinigungsanlage, die Geruchsabdeckung bei der EBS und die Kläranlage jetzt zufriedenstellend funktionieren. Im Bereich der Schlammverbrennung gebe es jedoch stürmische technische Entwicklungen, die in die Endplanung miteinbezogen werden müßten. Die Umstellung der Anlage auf vollbiologischen Betrieb hänge vom Ausbau der Donau ab. All diese Faktoren sprechen für eine schrittweise Vergabe der Planungsmittel.

Mit der SECHSTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Ilse FORSTER (SPÖ), was die Stadt Wien beitrage, damit junge Ärzte eine Praxis gründen können. Vizebürgermeister MAYR erklärte, daß der Gemeinderat im Jahr 1984 beschloß, junge praktische Ärzte, die sich erstmals in Wien mit einer Praxis niederlassen, durch eine Kreditaktion zu fördern. Im Rahmen dieser Kreditaktion werden Kredite bis zu 300.000 Schilling bei nur vierprozentiger Verzinsung gewährt. Mit Stichtag 30. Juni 1988 waren es fast 500 Ärzte,

die diese Aktion in Anspruch nahmen. Insgesamt wurden bis dahin 126 Millionen Schilling ausbezahlt. Diese Aktion soll eine ärztliche Versorgung der Wiener Bevölkerung rund um die Uhr und auch an Sonn- und Feiertagen ermöglichen, wie dies schon bei den Apotheken der Fall ist. Durch diese Form der ärztlichen Betreuung soll aber auch eine finanzielle Entlastung der Spitäler erzielt werden.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Mag. KARL (ÖVP) erklärte StR. HATZL, er habe weiterhin die Absicht, die Straßenbahnlinie „8“ nach Eröffnung der neuen U-Bahn-Linie U 6 einzustellen. Die Straßenbahnlinie „8“ sei eine jener Straßenbahnlinien, die am meisten unter Behinderungen und Verzögerungen litten, und im Sinne einer Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs und einer Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel sei die Verlängerung der U 6 ein vollgültiger Ersatz und eine wesentliche Verbesserung, auch was die Frequenz betreffe. Darüber hinaus sei sowohl auf die Lebensqualität der Gürtelbewohner Rücksicht zu nehmen, als auch auf die Tatsache, daß der weitere Betrieb der Straßenbahnlinie „8“ jährlich rund 95 Millionen Schilling zusätzlich kosten würde.

Das neue Konzept für den Winterdienst, erklärte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ), beruhe auf Erfahrungen aus den Wintern 1986/87 und 1987/88. Bei den heurigen Einsätzen habe man den öffentlichen Verkehr weitestgehend aufrechterhalten können und eine bessere Organisation der Streu- und Räumdienste durch neue Routen und die vermehrte Einrichtung von Splittsilos und Sandladeplätzen erreicht. Verbesserungen hinsichtlich einer beschleunigten Alarmierung der privaten Räumdienste habe es ebenso gegeben wie eine Verstärkung der Kontrollen. Bewährt habe sich auch das Schneetelefon, durch das man vermehrt auf Defizite aufmerksam werde.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. RASINGER (ÖVP), wieviele neue Pflegeheim-Betten, Kurzzeit- sowie Langzeitrehabilitationsbetten von der Stadt Wien in den nächsten fünf Jahren geplant seien, wies StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) zunächst darauf hin, daß sehr klar zwischen der Kurzzeitrehabilitation in den Pflegeheimen und der Langzeitbetreuung im Krankenhaus zu unterscheiden sei. Die Anzahl der Pflegeheimbetten wurde in den letzten Jahren in Wien entsprechend angehoben, derzeit besteht keine konkrete Planung zur weiteren Vermehrung. Langzeitbetten sind 80 im Kaiserin-Elisabeth-Spital und 31 im Kaiser-Franz-Josef-Spital geplant. Mit der Eröffnung des SMZ-Ost und der Erstellung eines Spitalplanes sind weitere Änderungen auf diesem Sektor vorgesehen, wobei die demoskopische Entwicklung eine Leitlinie bilden wird.

Angelobung von Gemeinderäten

Anstelle der Gemeinderäte Gerhard LUSTIG, Ernst NUSSBAUM, Dr. Kurt STEYRER und Johann WIMMER, die ihr Mandat zurückgelegt haben, wurden Ing. Kurt PUDSCHEDL, Hans MENTSCHIK, Ernst WOLLER und Manfred WURM (alle SPÖ) als Gemeinderäte angelobt.

Wahl von Gemeinderatsvorsitzenden

GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) wurde (anstelle von Gerhard Lustig) einstimmig zur 1. Vorsitzenden des Gemeinderates gewählt, als 5. Vorsitzender des Gemeinderates wurde GR. Erik HANKE (SPÖ) einstimmig neugewählt.

Bezirkentwicklungsplan Floridsdorf

StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) sagte, heute sei ein großer Tag für Floridsdorf und für ganz Wien, denn es werde der erste Bezirkentwicklungsplan beschlossen. Darin sind u.a. die Erhaltung von wesentlichen Grünbereichen, die Verlängerung der U-Bahn-Linie U 6 und Maßnahmen im Zusammenhang mit der geplanten Weltausstellung vorgesehen.

Forts. von Blatt 2556

Forts. auf Blatt 2558

Es sei wichtig, wenn ein weit in die Zukunft reichendes Projekt von allen Parteien getragen werde, stellte GR. PRINZ (FPÖ) fest. Die Floridsdorfer müßten aber zur Kenntnis nehmen, daß die Weltausstellung nicht spurlos an ihnen vorübergehen wird. Das gelte sowohl für die Zeit vor der EXPO, als auch, aufgrund der Nachnutzung, für die fernere Zukunft. Prinz forderte rasche Überlegungen bezüglich einer Verlängerung der U 6 über den Franz-Jonas-Platz hinaus, Park-and-Ride-Plätze, die auch einer großen Verkehrsbelastung gewachsen sind, sowie eine gesicherte Erhaltung des Ortskernes von Stammersdorf. Zu diesen Punkten brachte er entsprechende Anträge ein.

GR. FÜRST (ÖVP) sagte, die Stadt Wien habe es verabsäumt, für die explosive Zunahme der Bevölkerung des 21. Bezirkes eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen. So arbeiten 69 Prozent der im Bezirk wohnhaften Arbeitnehmer in anderen Bezirken. Fürst forderte eine rasche Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf; eine großzügige Verkehrslösung für den Franz-Jonas-Platz; eine deutliche Verbesserung des Park-and-Ride-Systems; eine Erweiterung des Floridsdorfer Krankenhauses bis zum Beginn der EXPO und eine Verkehrsberuhigung alter Ortskerne.

Bezirksvorsteher LANDSMANN (SPÖ) erinnerte an die umfangreichen Erhebungen und Analysen, die dem Bezirksentwicklungsplan zugrunde liegen. Die Ankündigung, daß die U 6 nach Floridsdorf verlängert werden soll, sei von der Bevölkerung überaus positiv aufgenommen worden. In weiterer Folge sei vorgesehen, die U 6 bis in den Raum Jedlersdorf zu verlängern. Landsmann kündigte an, daß man in den nächsten Jahrzehnten trachten werde, 15.000 neue Arbeitsplätze in Floridsdorf zu schaffen. Zur aktuellen Verkehrssituation sagte er, diese stehe und falle mit dem Bau der B 3. Diese habe sich allerdings durch das lange Veto der ÖVP verzögert.

StR. Dr. SWOBODA betonte in seinem Schlußwort, daß dieser Bezirksentwicklungsplan kein abgeschlossenes Projekt sei. Planung müsse nach gewissen Leitlinien vor sich gehen. Zum mehrmals angeführten Park-and-Ride-Konzept sagte er, dies sei nicht allein eine Frage Wiens. Autofahrer, die von auswärts kommen, sollten die Möglichkeit erhalten, im Nahbereich ihrer Wohnung „umsteigen“ zu können.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Flächenwidmung Margareten

Berichterstatter GR. GUTMANNSSBAUER (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für Teile von Margareten.

GR. PRINZ (FPÖ) meinte, daß diese Änderung kein Beispiel demokratischer Mehrheitsfindung sei. Die Stellungnahmen der FPÖ seien „in Schubladen verschwunden“, und die Anregungen seien nicht berücksichtigt worden. Parkflächen werden nicht im ausreichenden Maß erhalten oder geschaffen, sodaß die FPÖ diese Änderung des Flächenwidmungsplanes ablehnen werde.

GR. Dkfm. KÖNIG (ÖVP) übte Kritik am zeitlichen Planungsablauf, der etwa den Bürgern zuwenig Zeit für echte Mitsprache ließ. Außerdem sei die baurechtliche Absicherung bestehender Betriebe nicht entsprechend berücksichtigt worden. Größere Bauvorhaben für Betriebe werden dadurch in Frage gestellt. Die ÖVP sehe sich veranlaßt, den Antrag abzulehnen.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) wies darauf hin, daß dieser neue Flächenwidmungsplan in Zusammenarbeit mit der Gebietsbetreuung, der Bezirksvertretung und den Magistratsabteilungen erfolgte. Es werden die Ziele des Stadtentwicklungsplanes verfolgt und dichtbebaute Blöcke entkernt. Die von der FPÖ kritisierten Verluste von Grünflächen sollen durch den Ankauf eines 4.000 Quadratmeter großen Grundstückes im Bereich Ziegelofengasse/Mittersteig mehr als kompensiert werden. Riedler wies auch darauf

Forts. von Blatt 2557

Forts. auf Blatt 2559

hin, daß das Betriebsbaugelände in Margareten im Vergleich zu ähnlichen Bezirken wesentlich größer sei und eine Erweiterung betrieblicher Nutzungen zuungunsten von Wohngebieten nicht erwünscht sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Flächenwidmungsänderung Michaelerwiese

GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes für ein Gebiet bei der Bezirksgrenze zwischen dem 17. und 18. Bezirk.

GR. PRINZ (FPÖ) beantragte die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung und die Rückweisung an den Planungsausschuß. Er begründete dies damit, daß die Kleingartenanlage auf der sogenannten Michaelerwiese rechtswidrig bestehe. Die noch gültige Widmung als Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel bestehe zum Schutz des Wienerwaldes. Aus diesem Grund dürfe einer Kleingartenwidmung nicht zugestimmt werden. Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) führte aus, daß in jahrelangen Gesprächen zwischen den Kleingärtnern, der Gemeinde Wien und dem Kleingartenbeirat eine akzeptable Lösung gefunden wurde. Die Kleingartenwidmung sehe eine Bebauung bis zu 25 Quadratmetern und eine maximale Höhe von 3 Metern vor. Die Entsorgungsanlagen wurden bereits saniert und akzeptable Lösungen für Ein- und Ausfahrten sowie Autoabstellplätze gefunden. Im Sinne der großen Bedeutung der Kleingartenbewegung befürworte er die Genehmigung dieses Antrages.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Müllwagenankauf

Den Ankauf von 13 Müllwagen und zwei Glasmüllwagen beantragte GR. HUBER (SPÖ).

GR. FÜRST (ÖVP) kritisierte die Anschaffung von Geräten durch die MA 48, die vor einigen Jahren ohne Gemeinderatsbeschluß erfolgt sei und forderte eine Überprüfung durch das Kontrollamt.

Das derzeitige System der Wiener Müllabfuhr lege die Größe der Müllgefäße nach der üblichen Müllmenge auf Dauer fest, sagte Fürst und sprach sich für eine kostengünstigere und zur Müllvermeidung motivierende Vorgangsweise aus, die auch Schwankungen berücksichtigt (was jetzt nur durch größere Gefäße möglich ist). Fürst stellte in diesem Zusammenhang einen ANTRAG, Müllsäcke für nur gelegentlich zusätzlich anfallenden Müll anzubieten. Besonders bei Gartenbesitzern habe man damit in anderen Bundesländern gute Erfahrungen gemacht.

Sie glaube nicht, erklärte GR. Elisabeth FLEISCHMANN (SPÖ), daß das System der Müllsäcke für zeitweilig anfallenden zusätzlichen Müll in einer Großstadt funktioniere. Der wichtigste Auftrag des Abfallwirtschaftskonzeptes sei neben der Verbrennung und Deponierung von Müll die Schaffung von Möglichkeiten zum Recycling. Ab Jänner 1989 werde es daher ein flächendeckendes Netz von Spezialcontainern zur getrennten Müllsammmlung in Wien geben. 18.000 Glas-, 30.000 Papier- und 2.000 Metallsammelbehälter werden dafür zur Verfügung stehen.

Zum Ankauf der Müllfahrzeuge sagte Fleischmann, es handle sich um keine Ausweitung des Fuhrparks, sondern um einen Ersatz alter Fahrzeuge. Es gebe nur eine Firma, die derartige Spezialfahrzeuge herstelle.

Er habe die Absicht, erklärte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ), im Sinne einer flächendeckenden getrennten Müllsammmlung auch entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen; wozu neue Müllfahrzeuge angekauft werden müßten. Zur Forderung der ÖVP nach einer Überprüfung der MA 48 erklärte

Forts. von Blatt 2558

Forts. auf Blatt 2560

Häupl, diese sei gerade durch das Kontrollamt überprüft worden. Er lehne es ab, erklärte Häupl, Müllgebühren bzw. den Preis für Müllsäcke als ein Lenkungsinstrument für die Müllvermeidung einzusetzen. Darüber hinaus überlege Niederösterreich, wo das System der Müllsäcke praktiziert werde, eine Umstellung auf das System, wie es in Wien obligat sei. Man werde sich also kein in Niederösterreich in Abschaffung begriffenes System als Neueinführung in Wien überlegen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Erwerb der GESIBA

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) beantragte den Erwerb der Beteiligung der Wiener Holding an der GESIBA durch die Stadt Wien. Die Verwaltung der Anteilsrechte der Stadt Wien an der GESIBA solle weiterhin durch die Holding erfolgen, der Kaufpreis mit 93 Millionen Schilling genehmigt werden. Svoboda wies darauf hin, daß dieser Schritt notwendig sei, um im Zusammenhang mit der Privatisierung der GESIBA einen Verkauf entsprechend ihrem realen Wert von rund 800 Millionen zu ermöglichen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) äußerte Bedenken gegen diesen Schritt. Die FPÖ sei dafür, sämtliche Holding-Betriebe, für die kein kommunaler Bedarf bestehe, total zu privatisieren. Vizebürgermeister Mayr wolle jedoch nur eine Teilprivatisierung, die den Privaten im Prinzip keine Rechte lasse. Damit sei der Sinn der Privatisierung verfehlt.

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) sagte, daß — entsprechend der Angabe des wahren Wertes der GESIBA mit rund 800 Millionen Schilling — der Kauf durch die Stadt Wien entsprechend dem Körperschaftssteuergesetz den klassischen Fall einer verdeckten Gewinnausschüttung darstellen würde. Die Differenz von 700 Millionen Schilling würde Steuern von insgesamt rund 430 Millionen nach sich ziehen. Auch bei geringerer Substanzbewertung der GESIBA würde das Steuerrisiko für die Wiener Holding noch 100 bzw. hunderte Millionen Schilling betragen. Wöber beantragte, das Geschäftsstück zu vertagen, die steuerliche Problematik von unabhängigen Wirtschaftsprüfern klären zu lassen und eine allfällige Veräußerung der GESIBA erst nach Vorliegen dieser genauen Klärung im Rahmen eines Gesamtkonzeptes der Privatisierung der Wiener Holding zu beurteilen.

Ing. SVOBODA (SPÖ) ersuchte um Ablehnung des Antrages auf Vertagung des Geschäftsstückes. Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

GR. SRAMEK (SPÖ) sagte, die Teilprivatisierung der Holding gehe in eine entscheidende Runde. Die Stadt Wien habe der Wertobjektivität große Bedeutung beigemessen, 49 Prozent sollen an Privatinteressenten verkauft werden. Am Beginn dieser Teilprivatisierung stehe der heutige Antrag. Zum Verkaufspreis sagte Sramek, von seriösen Kaufinteressenten könne nicht erwartet werden, daß diese einen Preis bezahlen, der niemals einen finanziellen Nutzen bringen kann.

Ing. SVOBODA sagte in seinem Schlußwort, daß die vorgenommene Wertung klar den gesetzlichen Bedingungen entspricht.

ABSTIMMUNG: Der Antrag der ÖVP wurde abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters mit Stimmenmehrheit angenommen.

Instandsetzung einer städtischen Wohnhausanlage

GR. HAAS (SPÖ) stellte einen Antrag, für die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage 3, Baumgasse 29 — 41 (Rabenhof), den Betrag von 462,43 Millionen Schilling zu genehmigen.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen.

Forts. von Blatt 2559

Forts. auf Blatt 2561

Kauf eines Hauses im 9. Bezirk

GR. HONAY (SPÖ) beantragte den Kauf eines Hauses in Wien-Alsergrund durch die VAMED namens der Stadt Wien. GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) meinte, daß man keinesfalls diesem Antrag zustimmen könne. Dieses mehr als 100 Jahre alte Haus am Gürtel ist in schlechtem Zustand. Es hat 1984 um nur 1,6 Millionen Schilling bereits einmal den Besitzer gewechselt und soll nun um acht Millionen angekauft werden. Dieser Preis wurde selbst von den Sachverständigen der Stadt Wien als weit überhöht bezeichnet. Zudem sind 12 Hausparteien abzusiedeln. Ein Enteignungsverfahren wäre sinnvoll gewesen, so aber liefere man sich einer unerträglichen Spekulation aus. Die sachliche Begründung des Ankaufs, nämlich das Grundstück für die Zufahrt zur AKH-Garage zu nützen, mußte seit 20 Jahren erkennbar sein. Der Eigentümer des Hauses, die ARGE AKH-Sanitär, hat aber offenbar enge Beziehungen zur VAMED und konnte diese entsprechend überzeugen. Die FPÖ werde aus Überzeugung die Zustimmung zu diesem Antrag verweigern.

GR. PRAMEL (SPÖ) erklärte, daß niemand über diesen Kauf erfreut sei, doch seien bereits frühere Kaufabsichten durch die Stadt an den privaten Eigentümern gescheitert. Es wurde zwar ein Enteignungsverfahren eingeleitet, doch sind weder die Dauer des Verfahrens noch die Aussichten auf Erfolg absehbar. Das Grundstück ist für eine Zufahrt zur AKH-Garage notwendig.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Städtische Wohnhausanlage 19, Heiligenstädter Straße 80

Der von GR. Ing. MANDAHUS (SPÖ) gestellte Antrag auf Sanierung der städtischen Wohnhausanlage 19, Heiligenstädter Straße 80, mit einem Kostenerfordernis von 24,36 Millionen Schilling wurde ohne Debatte mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Liegenschaftsverkauf an WÖV

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) beantragte den Verkauf einer Teilfläche im Bereich des Schlachthofs St. Marx an die WÖV, Mischfutter und Viehverwertung Gesellschaft mbH, sowie den Abschluß einer Vereinbarung über die wechselseitigen Verpflichtungen nach Betriebserrichtung. Weiters beinhaltet der Antrag ein Benützungsbereinkommen.

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) erklärte, daß ihre Partei dem Antrag nicht zustimmen werde. Der Verkaufspreis von 698 Schilling pro Quadratmeter erscheine zu niedrig. Vor allem aber lehne die FPÖ die Verpflichtung der Stadt Wien gegenüber der WÖV ab, auf dem Gelände von St. Marx die Errichtung eines anderen Fleischzerlegungsbetriebes nicht zuzulassen. Dies bedeute, daß die WÖV ein Monopol erhalte, das weder EG-konform noch EG-gerecht sei. Zudem wurde der Paragraph 98 als Grundlage für die Kaufvereinbarungen herangezogen. Der Umstand, daß die ÖVP gegen einen solchen Vertragsabschluß nicht lautstark protestiere, liege darin, daß die Gesellschafter der WÖV ÖVP-nahen Interessensgemeinschaften angehören.

GR. Dr. PETRIK erklärte, daß der Paragraph 98 deshalb angewendet wurde, weil der Verkauf aus steuerrechtlichen Gründen noch in das Jahr 1988 fallen solle. Die hohen Investitionskosten der WÖV von ca. 120 Millionen Schilling seien der Grund für die Verpflichtung der Gemeinde Wien gegenüber der WÖV, im Bereich von St. Marx keinem anderen Fleischverwertungs- und -zerlegungsbetrieb zuzulassen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Forts. von Blatt 2560

Forts. auf Blatt 2562

Gastarif bleibt unverändert

StR. HATZL (SPÖ) stellte den Antrag, den Tarif der Wiener Stadtwerke Gaswerke über den ursprünglich festgelegten Zeitpunkt 31. Dezember 1988 hinaus bis zum 30. Juni 1989 unverändert zu belassen.

GR. STRATIL (ÖVP) brachte einen ANTRAG ein, den Wiener Gaspreis rückwirkend mit 1. Dezember 1988 um 10 Prozent zu senken. Der anhaltende Preisverfall bei Erdgas, die enormen Einsparungen gegenüber dem Wirtschaftspland 1988 wie auch die überhöhten Ansätze der Gaswerke für 1989 begründeten diese Maßnahme, sagte Stratil. Stratil wiederholte den Vorwurf überhöhter Pensionsausgleichszahlungen der Gaswerke.

Mit dem von StR. Hatzl gestellten Antrag erklärte GR. HUBER (SPÖ), werde die Begrenzung des Gaspreises nach oben garantiert, auch wenn der Einstandspreis erhöht werde. Wenn betriebswirtschaftliche Preissenkungen möglich gewesen seien, habe man sie durchgeführt. Beweis dafür sei, daß der Gaspreis des Jahres 1988 unter dem Wert jenes des Jahres 1982 liege. Preisschwankungen könnten jedoch aufgrund der Speicherkapazitäten und der Fixkosten nur verzögert wirksam werden. Zu den Pensionsausgleichszahlungen sagte Huber, es sei gerechtfertigt, daß das Unternehmen und nicht der Steuerzahler für diese aufkomme.

Man müsse bei der Preisgestaltung, meinte StR. Hatzl in seinem Schlußwort, sensibel agieren. Bei den Berechnungen der ÖVP gebe es einige Verwechslungen, zum Beispiel zwischen offiziellem und tatsächlichem Preis oder Einkaufspreis und Einsatzpreis. Die Gaswerke haben 1989 durch Preiserhöhungen im Speicher-, Transport-, Personal- und Instandhaltungsbereich netto etwa 150 Millionen Schilling Mehrkosten gegenüber 1988 aufzuwenden. Auch dies müsse bei einer sinnvollen Tarifpolitik in die Kalkulation miteinbezogen werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Verschmelzung der Villacher Sparkasse mit der „Z“

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte dem Beschluß des Sparkassenrates der „Z“ zur Verschmelzung der Zentralsparkasse und Kommerzialsbank mit der Villacher Sparkasse die Zustimmung zu geben. Die wirtschaftlichen und die rechtlichen Faktoren für diese Verschmelzung seien positiv.

GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) kritisierte, daß die wirtschaftliche Situation der Villacher Sparkasse nicht günstig sei. Maier wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß der Konsum als Großkunde der „Z“ in den letzten Jahren Verluste gemacht habe. Gegen die Fusion von Zentralsparkasse und Villacher Sparkasse spreche auch, daß beide im Kärntner Raum die gleichen Kunden hätten, daß der Personalstand nach der Fusion zu hoch sei, und daß die Verkaufsmodalitäten rechtlich fragwürdig seien.

GR. FREITAG (SPÖ) wandte sich zunächst gegen die „Rufschädigung des Konsums“ durch GR. Maier und wies darauf hin, daß die Situation der Villacher Sparkasse durchaus gut sei, und die Verschmelzung mit der „Z“ für diese eine wesentliche Stärkung bedeute. Nicht zuletzt hätten sich auch andere Sparkassen mit höheren Beträgen um das Zusammengehen mit der Villacher Sparkasse bemüht. Für die „Z“ ergebe sich durch die neue Situation die Möglichkeit der Ausweitung im oberitalienischen Raum und der Aufstockung des Eigenkapitals sowie des Anlagekapitals. 300 hochqualifizierte Mitarbeiter würden von der „Z“ übernommen. Insgesamt sei die Verschmelzung ein ökonomisch positiver Schritt zur Stärkung der Zentralsparkasse.

Vizebürgermeister MAYR wandte sich in seinem Schlußwort dagegen, aus parteipolitischen Gründen wirtschaftliche Rufschädigung zu betreiben, wie dies die ÖVP in diesem und im Falle der Wiener Holding getan habe. Die Verschmelzung der Villacher Sparkasse mit der „Z“ sei wirtschaftlich positiv und rechtlich einwandfrei, sagte Mayr. Er verwahre sich dagegen, daß wirtschaftliche Probleme polemisch und unsachlich abgehandelt werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderats endete um 16 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2561